

Der Weg aus der Schuldenfalle

Auf der Suche nach einer Exit-Strategie könnte die Regierung auf sich allein gestellt sein

VON LAURENT ZEIMET

Der Staat will auch im kommenden Jahr mehr Geld ausgeben, als er einnimmt. Antizyklische Politik, nennt sich dies im Fachjargon. Läuft die Wirtschaft nicht auf vollen Touren, soll die Konjunktur mit Hilfe der öffentlichen Gelder gestützt werden. Dass sich die Defizitfinanzierung nicht auf Dauer durchhalten lässt, wird von keiner Seite bestritten.

Bei der Vorstellung der Haushaltsvorlage für 2010 hat Finanzminister Luc Frieden angekündigt, dass sich die CSV/LSAP-Koalition im kommenden Jahr eine „Exit-Strategie“ zurechtlegen will. Der Konsolidierungskurs soll gemeinsam mit der Abgeordnetenkammer und den Sozialpartnern festgelegt werden. Manches deutet auf eine Neuauflage der Tripartite hin, die bereits 2006 in die Bemühungen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen eingebunden wurde. Aber anders als vor drei Jahren dürften sich zumindest die Gewerkschaften nicht noch einmal für einen Spar- und Modellierungskurs begeistern lassen. Die Arbeitgeberseite fordert dagegen, endlich die „strukturellen Reformen“ in Angriff zu nehmen. Die Politik könne nicht länger abwarten.

In ihren Gutachten zum Haushaltsentwurf lassen die verschiedenen Berufskammern durchblicken, wie sie sich den Weg aus der Krise vorstellen.

Damit die Staatsfinanzen wieder ins Lot kommen, bieten sich der Politik mehrere Möglichkeiten. Man könnte sich zurücklehnen und darauf hoffen, dass die Konjunktur wieder anspringt und sich die Probleme von alleine lösen. Angesichts der trüben Wirtschaftsprognosen wäre dies nicht der verantwortungsvollste Weg. Die Politik könnte die Steuern erhöhen und so für mehr Staatseinnahmen sorgen. Die Handwerkerkammer zeigt dieser Idee gleich die rote Karte. Schuld am Defizit habe die Explosion der Ausgaben und nicht die Steuerensenkungen. „Wir widersetzen uns einer Erhöhung der Steuerlast, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nur weiter verschlechtert.“ Auch eine Mehrbelastung der Privathaushalte werde wohl eher die Kaufkraft verringern und sich negativ auf die Binnennachfrage auswirken, befürchtet die Handwerkerkammer. Die Politik wird aufgefordert, auf der Ausgabenseite zu sparen.

Im Visier der Handwerker stehen die laufenden Kosten, sprich die Gehälter im öffentlichen Dienst. Die Einstiegsgehälter sollen nach unten angepasst, das 13. Monatsgehalt gekürzt werden. Gehaltserhöhungen nach Leistungskriterien erfolgen. Vorschläge, die von den Interessenvertretern der Staatsbeamten erwartungsgemäß auf Schärfe verurteilt wurden. Im Jahr 2010 sollen rund 1,1 Milliarden Euro über die Familienkasse ausbezahlt werden, dies macht zwölf Prozent der laufenden Ausgaben aus, schreibt die Handwerker-



Eine milde Gabe für den Staat?

(FOTO: ANOUK ANTONY)

kammer. Diese Leistungen müssten in Zukunft im Verhältnis zum Einkommen der Eltern berechnet werden, heißt es im Gutachten der Handwerkerkammer. Bei höherem Einkommen falle der Nutzen der Familienleistungen ohnehin nicht mehr ins Gewicht, so die Argumentation. Also gezielte Förderung, statt gleiche Leistung für alle. Zu den weiteren Vorschlägen der Handwerkerkammer zählen die nahezu schon obligatorische Forderung nach einer Reform der Altersversorgung und der Gesundheitskasse. Wobei letztere eher in einer langfristigen Perspektive in Angriff zu nehmen sei.

Ähnlich sehen das auch die Kollegen der Handelskammer. Das öffentliche Defizit müsse zügig auf die Höchstgrenze des Euro-Stabilitätspakts zurückgeführt werden. Drei Prozent des BIP darf nach Pakt ein Staatsdefizit betragen. Luxemburg landet nach Berechnungen der Regierung im nächsten Jahr bei 4,4 Prozent. Mindestens müssten also 506 Millionen Euro oder 1,4 Prozent des BIP eingespart werden, meint die Handels-

kammer und legt der Regierung gleich eine Streichliste anbei. Ein Sparpotenzial in Höhe von 512 Millionen Euro will die Handelskammer ausgemacht haben. Auch hier trifft der Rotstift mehrere Sozialleistungen und den öffentlichen Dienst. Zu großzügig scheint die Regierung der Handelskammer zudem im Verkehrswesen, bei Polizei und Armee.

Aber was sind schon 500 Millionen Euro? Mittel- und langfristig reichen diese Einsparungen nicht aus. Denn der Staat muss wieder Reserven anlegen können. Der „Apfel gegen den Durst“ ist bald wieder aufgegessen. Das setzt aber voraus, dass wieder Überschüsse erwirtschaftet werden, dass mehr Geld eingenommen als ausgegeben wird. Um dies zu schaffen, wären dann die „strukturellen Reformen“ notwendig.

Eine andere Sicht der Dinge

Die Interessenvertreter der Arbeitnehmer setzen dagegen andere Akzente. Der Staat müsse vor allem die Steuerpolitik überdenken, heißt es von dieser Seite. Am Anfang steht allerdings die Forde-

rung, die automatische Lohnanpassung wieder im vollen Umfang anzuwenden.

Die Index-Modulierungen, die von der Tripartite 2006 angeregt wurden, laufen Ende des Jahres aus. Eine Verlängerung sieht die CSV/LSAP-Koalition nicht vor. Die Arbeitnehmerkammer spricht sich für eine Anpassung der Einkommensbesteuerung aus. „Zurzeit werden die Mittelschichten bestraft.“ Die Besteuerung laste zunehmend auf den Haushalten und immer weniger auf den Unternehmen, wird kritisiert. Ein Ausgleich dränge sich nicht zuletzt auf, da vor allem die Unternehmen nach öffentlichen Investitionen verlangen, um die Wirtschaftslaute zu überbrücken. Zusätzlich müsse die Regierung Steuerschlupflöcher stopfen, die es vor allem multinationalen Unternehmen ermöglichen, der Besteuerung ihrer Gewinne zu entgehen.

Die Sorge um die Konsolidierung treibt die Kammer des öffentlichen Dienstes weniger um. „Der traditionell gute Zustand der Staatsfinanzen erlaubt es, kraftvoll mit einer resoluten antizyklischen Haushaltspolitik gegen die Wirtschaftslaute anzugehen.“ Weder ein Ende der Konjunkturlösungen, noch Steuererhöhungen halten die Gutachter der Staatsbeamten für angebracht. Als hätte man die Forderungen der Arbeitgeber geahnt, rechnet die Staatsbeamtenkammer vor, dass Luxemburg im westeuropäischen Vergleich den „am wenigsten aufwändigen Staatsapparat besitzt“. Auch die Personalkosten des öffentlichen Dienstes seien im Staatshaushalt zurückgegangen von 23,1 Prozent im Jahr 1997 auf 19,5 Prozent im Jahr 2008. „Diese Statistik widerlegt ganz klar die populistische Hetze gewisser Patronatsvertreter.“ Die Staatsbeamten fordern die Regierung auf, „das Primat der Politik über die Wirtschaft zu wahren“ und erteilen allen Privatisierungsbestrebungen eine Absage.

Die Regierung muss nun versuchen, aus diesen doch sehr weit auseinanderliegenden Standpunkten eine Exit-Strategie zu zimmern. Eine Anstrengung, die wohl höhere Konsens-Kunst erfordern wird. Die Budget-Debatte im Dezember gibt der Politik Gelegenheit, Farbe zu bekennen.

BUDGET 2009

	2008	2009	2010
Staatseinnahmen in Millionen Euro	10.544,4	10.119,5	10.036,8
Staatsausgaben in Millionen Euro	10.634,1	11.612,0	12.298,3
Staatsdefizit in Millionen Euro	-89,9	-1.492,5	-2.261,4
Saldo der öffentlichen Hand (Staat, Gemeinden, Sozialversicherung) in % des BIP	+2,6%	-2,3%	-4,4%
Öffentliche Schuld in % des BIP	14,5%	15,9%	19,8%